

Nachrichten

Kulturgrössen protestieren gegen Diktat aus Bern

Revision von Kulturgesetzen fördere Bürokratie und Zentralismus

BERN · Einen solchen Zusammenschluss habe es, so sagen Kenner der kulturpolitischen Szene, noch nie gegeben: Verschiedenste Organisationen erheben sich gegen die Revision des Kulturgütergesetzes und des Pro-Helvetia-Gesetzes und verlangen eine Unterredung mit Bundesrat Pascal Couchepin.

In der Interessengemeinschaft dabei sind die Stiftung der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, das Migros-Kulturprozent, die Zuger Kulturstiftung Landys & Gyr oder die Swiss Foundations (Verein der Vergabestiftungen Schweiz). Institutionen also, die es sich auf Grund ihrer Unabhängigkeit leisten können, dem Bund an den Karren zu fahren.

Im Brief vom 15. November, in dem die Besprechung mit Couchepin gewünscht wird, heisst es: «Die Entwürfe zu den Gesetzen entsprechen noch nicht dem, was in einem liberalen Staatswesen als zukunftsweisende Kulturpolitik gelten kann.» Im Wesentlichen sträuben sich die Kulturinstitutionen gegen die Zentralisierung von Einfluss und Entscheidkraft in Bern, gegen die «Tendenz zur Bürokratisierung», gegen den Widerstand des Bundes, die soziale Sicherung der Künstler ins Gesetz aufzunehmen. Das Gesetz, heisst es weiter, sei ein Kulturverwaltungs- statt ein Kulturförderungsgesetz.

Im Departement Couchepin wollte man zum Brief keine Stellung nehmen. Das Bundesamt für Kultur (BAK), das seit Monaten heftiger Kritik aus Kulturkreisen ausgesetzt ist, erarbeitet die Botschaften für die beiden Gesetze; im Frühling dürfte die parlamentarische Beratung folgen.

Wie weit der Einfluss der breit abgestützten Interessengemeinschaft gehen wird, ist offen. Im Brief, der im Ton sanft gehalten ist, sind durchaus verklausulierte Drohungen enthalten: «Wir sind fest davon überzeugt, dass die Akzeptanz der Gesetze ganz allgemein (...) davon abhängen wird, ob die definitiven Entwürfe den Anliegen Rechnung tragen.»

christoph Lauener